

24. Februar 2021

BUND-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl:

Was tun für den Erhalt der Biologischen Vielfalt?

Ludwigsburg. Der Kreisverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat vor kurzem die Parteien zur Landtagswahl zu drei ausgewählten Themen befragt. Geantwortet haben Grüne, CDU, SPD und FDP. Beim zweiten „Wahlprüfstein“ ging es um das Thema Artenvielfalt in der Agrarlandschaft.

Laut BUND belegen zahlreiche internationale und nationale Studien, dass unsere Lebensweise zur dramatischen Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten führt. Wir befänden uns heute im größten Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren. Um das zu verhindern, wurde im August 2020 das Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg geändert. In § 22 wird darin neu festgelegt, dass 15 % der Landesfläche bis 2030 zur landesweiten Biotopverbundfläche entwickelt werden müssen. Vor diesem Hintergrund bat der BUND jetzt die Kandidat*innen der Parteien um Antworten, was sie konkret in Land und Kreis tun wollen, damit dieses Ziel umgesetzt und erreicht wird?

Die drei Kandidat*innen der **Grünen** verweisen auf die Erfolge der grün-schwarzen Koalition. Diese hat eine weitere Erhöhung der Mittel für den Naturschutz um 50 Mio. € beschlossen. Davon sind im laufenden Haushalt 12 Mio. Euro speziell für den Biotopverbund vorgesehen. Hiervon sollen auch die Gemeinden im Kreis Ludwigsburg bei der Umsetzung geplanter Maßnahmen profitieren. Die Kooperation mit der Landwirtschaft ist hierbei für die Grünen wichtig. Auch verweisen die Grünen auf die in eingangs genannte Neuerung des Naturschutzgesetzes. Danach sollen der gesetzlich auf 15% der Offenlandfläche vorgeschriebene Biotopverbund bis 2030 verpflichtend sowohl in alle Regionalpläne, damit auch des Regionalplans Stuttgart inkl. Kreis Ludwigsburg als auch in die Flächennutzungspläne aller Gemeinden im Land übernommen werden.

Die drei **CDU**-Kandidat*innen sind überzeugt, dass wirksamer Umwelt- und Artenschutz nur mit der Landwirtschaft und den Bewirtschaftern gelingen kann. Sie verweisen aber auch darauf, dass Umwelt- und Artenschutz eine Gemeinschaftsaufgabe ist, denn das Bienen- und Insektensterben bedrohe das ökologische Gleichgewicht in Baden-Württemberg. Ziel ist es für die CDU, in allen Kommunen in Baden-Württemberg mindestens ein Biotop einzurichten, so dass ein landesweites Netz von Lebensräumen entsteht, das der Tierwelt zugleich als

Wanderkorridor dient. Neue Biotopflächen sollen dabei nicht auf nutzbarem Grund, also nicht auf landwirtschaftlicher Fläche, entstehen.

Den drei **SPD**-Kandidaten liegt die Artenvielfalt sehr am Herzen. Die Partei setzt sich dafür ein, dass bestehende Regelungen zum Artenschutz umgesetzt werden und fordert, die zuständigen Behörden mit mehr Personal auszustatten. Sie will Landesfördermittel davon abhängig machen, dass mindestens 6,5 % Refugialflächen pro Betrieb vorgehalten werden. (Refugialflächen sind neue Lebensräume für Fauna und Flora, deren ursprüngliche Lebensräume durch die intensive Landnutzung zerstört wurden.) Die SPD will außerdem, dass Wettbewerbsnachteile für Öko-Landwirte abgebaut werden. Dies bedeute eine stärkere Bindung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik an ökologische Kriterien und das Ende einer Politik, die große Agrarbetriebe systematisch vor kleinen Höfen bevorteilt.

Die drei **FDP**-Kandidaten wollen Biotop weiter vorantreiben und setzen sich für einen qualitativen Naturschutz und die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg ein. Wichtig sei nicht nur die Größe der Flächen, sondern deren Pflegequalität. Gerade für dicht bebaute Gebiete sei ein hochwertiger Naturschutz durch das Anlegen von Biotopen, der laufenden Pflege z.B. von Streuobstwiesen oder der Pflege der Stadtnatur wichtig. Auch die Einbindung städtischer Biotop in einen flächendeckenden Biotopverbund fordert die Partei.

Insgesamt begrüßt der **BUND**, dass sich alle vier Parteien dem Ziel der biologischen Vielfalt verpflichtet fühlen. Die Maßnahmen und Vorschläge der Parteien zu diesem Thema hält er zwar meist für sinnvolle Ansätze, aber nicht ausreichend, um die 15% Biotopverbundfläche tatsächlich bis 2030 zu erreichen oder gar das Artensterben zu stoppen. So sollte die öffentliche Hand keine Förderungen mehr zahlen, die Natur und Umwelt vernichten. Nur die Einführung ökologischer Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft könne aus Sicht des BUND zu einer Trendwende führen. „Hier müssen die Parteien nicht nur im Land, sondern auch auf Bundes- und EU-Ebene nachbessern“, meint BUND-Kreisvorsitzender Stefan Flaig.

Die vollständigen Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien sind auf der Homepage des BUND-KV Ludwigsburg abrufbar: www.bund.net/kv-ludwigsburg .

Kontakt: Stefan Flaig, Haffnerstr. 4, 71672 Marbach
Stefan.Flaig@bund.net, Tel.: 0711/255 196 56